

First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025

Kapitel 7: ein Land mit einem modernen Staatsverständnis.

Wir Junge Liberale wollen einen modernen Staat, dessen Selbstverständnis vor allem auf Service für und Unterstützung des Bürgers liegt. Neutralität, Transparenz und einfache Regeln sind dafür die Voraussetzungen. Staatliche Gängelung, Ineffizienz, ausufernde Staatsaufgaben und hohe Staatsausgaben, die gehen uns eher auf den Geist und hier wollen wir den Staat kleiner machen. Und deswegen braucht es grundlegende Reform des Staates und nicht zuletzt des Föderalismus.

Eine **Föderalismusreform hin zu einem echten Separationsföderalismus.**

- Es muss Schluss sein mit der organisierten Verantwortungslosigkeit im Föderalismus, in der die Bundesländer immer wieder wie so eine Beutegemeinschaft gegenüber dem Bund auftreten und sich jeden Fortschritt auf der Bundesebene im Bundesrat teuer mit Subventionen bezahlen lassen.
- Das wollen wir erreichen, indem wir Kompetenzen möglichst trennscharf auf einer einzigen föderalen Ebene ansiedeln um dann auch eine echte Konkurrenz, eine echte Überlappung zwischen Kompetenz und Verantwortungsübernahme zu schaffen
- Es soll dann für jede Aufgabe einen konkreten und auch nur einen zuständigen auf einer föderalen Ebene geben.
- Eine solche Föderalismusreform, die erlaubt es uns dann auch, Aufgaben auf vielen föderalen Ebenen abzubauen. Wo Aufgaben wegfallen, da können auch Bundes- und Landesministerien wegfallen, die wir in diesem Zuge dann deutlich reduziert bekommen. Denn hier gibt es viel zu viel doppelte Zuständigkeiten.
- Zu einer Föderalismus Reform gehört aber natürlich auch immer eine Finanzföderalismusreform. Und im Rahmen einer solchen wollen wir den Ländern und Kommunen dann auch mehr Rechte geben auf der Einnahmenseite.

Wir fordern **ein gedeckeltes Hebesatzrecht auf die einnahmenstarken Steuern.**

- Der Hebesatz ist einfach ein Prozentsatz, der auf eine Steuer angewandt wird. Das heißt zum Beispiel, bei der Einkommenssteuer sagt der Bund 15% für eine gewisse Gehaltsklasse ist die Höhe der Einkommenssteuer. Dann kommt das Land und sagt, ich brauche auch nochmal 5% und dann kommt die Kommune und sagt, ich brauche auch nochmal 3%. Damit schafft man aber eben auch einen gesunden Wettbewerb zwischen Länder und Kommunen, der eben auch Anreize setzt, die Steuern zu senken.

Wir setzen uns deutlich **ein für den Erhalt der Schuldenbremse.**

- Für uns ist das ein Garant einer generationengerechten Haushaltspolitik. Und deshalb wollen wir für die Ermittlung der Neuverschuldung in Zukunft auch **Schattenhaushalte und andere Methoden indirekter Staatsverschaltung mit erfassen.**
- Denn eins muss klar sein, die Schuldenaufnahme, die belastet zukünftige Generationen. Durch die aufgenommenen Schulden entstehen jährliche Zinskosten,

die den Haushalt dann belasten. Und da diese Zinsen in der Regel dynamisch sind, steigen diese in Zeiten von Inflationen oder hoher Leitzinsen auch meist deutlich an.

- Bereits jetzt ist es so, dass die Zinskosten sich seit 2021 auf 40 Milliarden Euro vervierfacht haben. Und das sind fast 10 Prozent des Bundeshaushalts.
- Hinzu kommt, je höher der Schuldenstand ist, desto höher werden in der Regel auch die Zinsen bei der Neuaufnahme von Schulden.
- Insofern belastet ein hoher Schuldenstand kommende Generationen gleich in doppelter Hinsicht. Die Schuldenbremse ist auch nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Regierungen durchaus Interessen haben, neue Schulden zu machen.
 - Das liegt einerseits an schuldenfinanzierten Wahlgeschenken, die man gewährt aus Partikularinteressen, aber auch um die Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl zu erhöhen oder zum Beispiel auch einer kommenden Regierungsspielraum zu nehmen.
 - Aber zum Beispiel auch aus Gründen der politischen Demografie, denn wir leben eine Bevölkerung, in der die Mehrheit der Leute eben alt ist und auch immer älter wird. Und auch das kann zu einer klaren politischen Benachteiligung in der Mehrheitsfindung führen, die eben junge Menschen stark benachteiligt. Und deswegen braucht es hier eine institutionelle Bremse und das ist eben auch die Schuldenbremse.
- Die Schuldenbremse gibt verbindliche Verschuldungs- und Ausgabenkorridore vor, in denen Politiker und Politikerinnen handeln dürfen und begrenzt damit eben den Spielraum dieser Politikerinnen und Politiker, aber eben auch die Belastung zukünftiger Generationen.

Wir wünschen uns **einen schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, der sich vor allem auf seine Kernaufgaben, und das sind Informationen und politische Bildung, konzentriert im Bestfall beschränkt.

- Das Traumschiff, der Musikantenstadl oder auch Rote Rosen, das ist wirklich keine staatliche Kernaufgabe und deswegen sollte dafür auch nicht jeder verpflichtet sein, Geld abzurufen.
- Wir wollen den Rundfunkbeitrag senken
 - Das geht zum Beispiel durch eine Reduzierung der Senderzahl, ein Verzicht auf teure Sportübertragungsrechte und Unterhaltungsangebote, die Deckelung von Portionsansprüchen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, nach geltenden Angaben der gesetzlichen Rentenversicherung und auch den Abbau von Doppelstrukturen zwischen verschiedenen Sendern.
 - Schüler, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende, also junge Menschen in Ausbildung, die wollen wir sogar ganz vom Rundfunkbeitrag befreien.
- Aber auch inhaltlich wollen wir den Kern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärken. Für uns gehört dazu ein Fokus auf einen dauerhaften Nachrichtensender und Berichterstattung aus Krisen- und Kriegsregionen.
- Wir setzen uns für fremdsprachige Angebote im Inland ein.
 - Aus einem ganz einfachen Grund, denn in Deutschland müssen für eine krisenfeste und informierte Gesellschaft und das ist nicht zuletzt Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, müssen alle in Deutschland lebenden Menschen erreicht werden.

- Es ist am Ende nichts gewonnen, wenn wir in Deutschland eine große Anzahl an Menschen haben, die Auslandsfernsehen konsumiert, insbesondere wenn dieses Auslandsfernsehen aus autokratisch regierten Regionen stammt. Dann wird nämlich das fehlende fremdsprachige Angebot im Inland auch zum Sicherheitsrisiko mit Blick auf die hybride Kriegsführung von Autokraten und Diktatoren in dieser Welt.
- Und um die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor direkter und auch indirekter Einflussnahme von Seiten des Staates, aber auch privatwirtschaftliche Akteure zu bewahren, ist es wichtig, dass eine Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln nicht ausreicht.
- Deswegen ist grundsätzlich ein Rundfunkbeitrag der richtige Weg. Dazu stehen auch wir.

Ein einfaches Steuersystem, das jeder Normalbürger verstehen kann.

- Im Moment ist so, dass das deutsche Steuerrecht mehr als 200 Gesetze und fast 100.000 Verordnungen umfasst. Diese Vielzahl an Regelungen macht es für Steuerzahler einfach schwierig, ihre steuerlichen Verpflichtungen selber zu verstehen und auch einzuhalten.
- Auch im Vergleich mit anderen Ländern, es gibt zum Beispiel den Tax Complexity Index, also Steuer Komplexitäts Index, gilt das deutsche Steuersystem als eines der kompliziertesten weltweit.
- Deswegen setzen wir auf Konsolidierung und Pauschalisierung, zum Beispiel durch die Abschaffung von nachweisfreien Abschreibungsmöglichkeiten zugunsten einer generellen Tarifsenkung. Auch Sonn-Feiertags-Nachzuschläge wollen wir gleich behandeln und generell Geldwerte-Vorteile zusammenfassen.
- Auch in der Interaktion zwischen verschiedenen Rechtsgebieten, Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Handelsrecht, braucht es mehr Harmonisierung. Hier gelten zum Teil verschiedene Fristen und Grenzen, die dann dem Unternehmer oder den Unternehmen doppelte Arbeit schaffen. Und hier können wir viel gewinnen, indem wir das Ganze einfach harmonisieren und damit doppelte Arbeit stark vereinfachen.

Wir wollen Bagatellsteuern abschaffen.

- Bagatellsteuern sind Steuerarten, die insgesamt ein sehr geringes Steueraufkommen haben.
- Dazu gehören zum Beispiel Dinge wie die Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, Jagd- und Fischereisteuer oder auch die Schaumweinsteuer.
- Schon die Historie der Schaumweinsteuer zeigt eigentlich gut auf, wie sinnlos manche dieser Bagatellsteuern sind, denn die Schaumweinsteuer wurde 1902 vom Reichstag zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt. Du zahlst sie aber bei jedem Kauf im Supermarkt immer noch.

Auch den Solidaritätszuschlag wollen wir abschaffen

- dieser wurde ursprünglich 1995 eingeführt, um die Kosten der Wiedervereinigung und des Aufbau Osts zu finanzieren.
- Da die Konvergenz zwischen Ost und West sehr stark gelungen ist und dieser Zweck damit weitgehend erfüllt ist, ist hier ganz klar eine Abschaffung und eine Entlastung des Mittelstandes angesagt.

Auch die Erbschaftssteuer wollen wir abschaffen.

- Hier allerdings aus ganz anderen Gründen, denn die hohe Belastung durch die Erbschaftssteuer, die kann dazu führen, dass Erben gezwungen sind, das Unternehmen oder die Anteile zu verkaufen. Oder, noch schlimmer, die Nachfolge gar nicht erst antreten wollen.
- Manche verlagern aus genau dieser Befürchtung das Unternehmen auch ins Ausland. Das gefährdet am Ende des Tages die Existenz von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, von vielen Familienunternehmen, in denen eben auch die Übertragung des Unternehmens durch Erbschaft relevant ist.
- Das kann nicht zuletzt auch eben zu Arbeitsplatzverlusten führen. Und deshalb sehen wir hierin eine große Bedrohung für die stark mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland und fordern die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Langfristig muss klar sein, **das Ziel ist eine grundlegende Reform, ein einfaches und transparentes Steuersystem zu schaffen**, dass jeder Bürger versteht und dass ein gesunden Steuerwettbewerb zwischen Ländern und Kommunen erlaubt.

Ein transparenterer Bundeshaushalt.

- Der Staat soll langfristig auf alle föderalen Ebenen zur Kameralistik ergänzend ein System der doppelten Buchführung einführen. Das kennt ihr nämlich auch aus der Privatwirtschaft von Unternehmen, aus dem Handelsgesetzbuch.
- Das ändert in erster Linie nichts an der Art und Weise, wie ein Haushalt parlamentarisch aufgestellt wird und ändert zum Beispiel auch nichts an der Schuldenbremse. Die bleibt ganz normal bestehen. Aber eine doppelte Buchführung erlaubt es die Situation von Vermögen und Schulden umfassend abzubilden.
 - Und das bedeutet, dass man einen Investitionsstau, einen Verfall der Infrastruktur viel früher und viel besser erkennen kann.

Bundesanteile an privaten Unternehmen wiederum, wollen wir konsequent veräußern

- denn der Staat ist der schlechtere Unternehmer und die Beteiligung an großen Unternehmen setzt auch immer wieder Fehlanreize für die Politik, Unternehmen zu retten, die am Markt einfach keine gute Performance leisten. Ein moderner Staat braucht aber auch moderne Beschäftigte.

Ein moderner öffentlicher Dienst und ein modernes Beamtentum.

- Wir wollen das Berufsbeamtentum stärker als Ausnahme anstatt als Regel, nämlich nur dort, wo es tatsächlich hoheitliche Gewalt ausübt. Polizei, Finanzverwaltung, Justiz, Militär ist damit natürlich gesetzt. Die sollen weiterhin verbeamtet werden.
- Wir wollen insgesamt die Zahl der Menschen, die beim Staat beschäftigt ist, schrittweise senken.
- Ganz wichtig allerdings, damit man gute Leute in den öffentlichen Dienst und ins Beamtentum gewinnt, ist, dass der **Wechsel aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst und auch umgekehrt bruchlos möglich** ist.
 - Denn eins der großen Probleme im Moment ist, wenn ein Beamter auf eigenen Wunsch aus dem öffentlichen Dienst ausscheidet, verliert er auch seine Ansprüche auf eine Altersversorgung. Stattdessen zahlt dann der bisherige Dienstherr, das in dem Falle der Staat, eine größere Summe, um die

Betroffenen für diesen Verlust nachträglich bei der gesetzlichen Rentenversicherung abzusichern.

- Das führt in der Regel zu ziemlich hohen Einbußen. Und das macht natürlich den Wechsel zwischen Privatwirtschaft und Beamtentum unattraktiv und auch finanziell zum Nachteil. Für eine moderne Belegschaft ist es unerlässlich, dass man auch individuelle Erwerbsverläufe ermöglicht.
- Gehalts- und Besoldungsordnungen wollen wir so weit flexibilisieren, dass sie den Broschegegebenheiten entsprechen können und stärker nach Leistungsanreizen differenzieren können.
- Pensionsansprüche wollen wir auch in eine Kapitaldeckung überführen.

Ein modernen Staat im Gesundheitswesen.

- wir wollen dafür sorgen, dass ausschließlich evidenzbasierte Medizin finanziert wird. Homöopathie zum Beispiel darf aus unserer Sicht keine Kassenleistung mehr sein. Da hört für uns die Glaubensfreiheit auf. Man kann gerne daran glauben. Finanziert durch den Staat sollte das Ganze aber nicht sein.
- Darüber hinaus wollen wir auch den **Fachkräftemangel in der Pflege bekämpfen**.
 - Zum Beispiel, indem wir die Umschulung zum Pflegeberuf attraktiver machen durch finanzielle Förderung, den Beruf aber auch ausweiten durch Fortbildung und die Schaffung von weiteren Qualifizierungen, die dann auch die Übernahme von weiteren Aufgaben erlaubt. Das erlaubt ein Berufsbild, das dann auch mehr Aufstiegsmöglichkeiten und somit mehr Attraktivität bietet.
 - Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir durch die Förderung von Kinderbetreuung, zum Beispiel auch flexible 24-Stunden-Kitas verbessern, sodass eben auch Menschen im Schichtdienst, das betrifft Pflegekräfte ganz besonders, die Möglichkeit haben, eine angemessene und gute Kinderbetreuung zur Verfügung zu haben.
- Dem **Ärztmangel wollen wir entgegenwirken**.
 - Wir wollen Studienplätze ausbauen
 - Wenn man mehr Ärzte haben will, dann muss man auch selber mehr ausbilden. Und zudem soll es in Zukunft auch keine sogenannten Teilstudienplätze mehr geben.
 - Ein Teilstudienplatz, damit meint man Studienplätze, die nur für die ersten vier Semester des Medizinstudiums gelten, also bis zur ersten Staatsprüfung, dem sogenannten Physikum.
 - Wer aktuell einen Teilstudienplatz hat, der sollte natürlich dann in Zukunft auch übernommen werden.
- Um in Zeiten von Lieferengpässen handlungsfähig zu bleiben, wollen wir das sogenannte Rolling Review-Verfahren für die Zulassung neuer Präparate ermöglichen. Das erlaubt es einfach schon sehr viel früher in das Zulassungsverfahren einzusteigen und damit eben Präparate schneller an den Markt zu bringen, ohne dabei die wissenschaftlichen Standards zu senken.
- Auch den **Apotheken wollen wir einen höheren Handlungsspielraum einräumen**

Wir fordern eine **Modernisierung des Streikrechts**.

- Dabei setzen wir auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, insbesondere mit Blick auf die Intensität und Kurzfristigkeit von Arbeitsniederlegungen in der kritischen Infrastruktur.
- Angesichts der Bedeutung von Dienstleistungen wie Transport und Gesundheitsversorgung ist es wichtig, dass das Streikrecht so gestaltet wird, dass die Grundversorgung der Bevölkerung sichergestellt bleibt.
- Deswegen gibt es hier einen Bedarf an klareren Regelungen, um diese Konflikte besser zu steuern und zu moderieren. Das ist keine Abkehr vom Streikrecht, aber lediglich eben eine bessere gesetzliche Kodifizierung und Modernisierung, um diese Konflikte ganz bewusst zu moderieren.
- Daher wollen wir für das Streikrecht eine gesetzliche Grundlage schaffen, die vor allem die Sicherstellung eines Mindestbetriebs, eine angemessene Ankündigungspflicht und ein Verhandlungsgebot normiert.
- Dies erlaubt es, im Bereich der kritischen Infrastruktur einen besseren Interessensausgleich zu finden.

Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates.

Die europäische Einheit, die war bei Beginn des Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine Utopie. Fast 80 Jahre später sind wir eigentlich fast am Ziel. Die Europäische Union endet in vielen Aspekten bereits einem Bundesstaat. Wir junge Liberale, wir wollen diese europäische Einheit vollenden.

- Wir wollen den europäischen Bundesstaat gründen. Denn nur als Europäerinnen und Europäer können wir die Herausforderungen unserer Zeit, Krieg, Klimakrise, Wettbewerb der Systeme meistern und unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit bewahren.
- Der europäische Bundesstaat ist der erklärte Gegenentwurf zu nationaler Abschottung einerseits und zu einem europäischen Zentralstaat andererseits.
- Der europäische Bundesstaat ist Einheit in Vielfalt. Um den zu schaffen wollen wir **einen europäischen Verfassungskonvent einberufen**, der eine bundesstaatliche Verfassung für die Europäische Union ausarbeitet. Diese Verfassung wollen wir dann den Bürgerinnen und Bürgern der Union in einem gesamteuropäischen Referendum zur Abstimmung vorlegen.
- Damit begründen die Mitgliedsstaaten, in denen eine Mehrheit für die Verfassung votiert, den europäischen Bundesstaat. Und das soll natürlich auch einhergehen mit weichreichenden Reformen. Das ist unsere Vision vom europäischen Bundesstaat, Einheit in Vielfalt.